FriedensBüro Salzburg

2022 SOMMER

KRANICH

Zeitung des Salzburger Friedensbüros

KRIEG IN DER UKRAINE

INTERVIEW
„Der Blick nach vorne hilft“ S. 04

FRIEDENSLOGIKG
Die Friedensziele in den Blick nehmen S. 06

INTERVIEW
Krieg ist Krieg. Mensch ist Mensch. S. 12

DER KRIEG IN DER UKRAINE schockt, berührt und wühlt auf. Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene sind verunsichert, weil der Krieg so nahe ist und mit nuklearen Drohungen einhergeht. Die öffentlichen Debatten kreisen derzeit um das Für und Wider von Waffenlieferungen und wirtschaftliche Sanktionen. Friedenspolitische Perspektiven werden dabei vernachlässigt oder belächelt. Mit vorliegender Ausgabe wollen wir Schlaglichter auf friedenspolitische und friedenspädagogische Aspekte werfen: Welche Perspektiven gibt es für einen Frieden in der Ukraine? Ist die Neutralität der Ukraine eine realistische und für die Parteien annehmbare Option? Warum kämpfen sogenannte „Foreign Fighters“ in der Ukraine? Wie sollen, dürfen und können wir mit Kindern und Jugendlichen über das Thema Krieg und über diesen Krieg im Besonderen sprechen?

Die Redaktion

SYMPOSIUM „DIALOG ÜBER GRENZEN - GRENZEN DES DIALOGS“ | SEITE 16

KRANICH

INHALT

02 **Kommentar**

03 **Kurz & Bündig**

04 **„Der Blick nach vorne hilft“**

06 **Die Friedensziele in den Blick nehmen**

08 **Permanenter Krieg oder permanente Neutralität**

09 **Tschetschenien - Syrien - Ukraine**

12 **Krieg ist Krieg. Mensch ist Mensch**

14 **Veranstaltungen**

KONTAKTBOX

So können Sie uns erreichen:

Friedensbüro Salzburg
Franz-Josef-Str. 3, 5020 Salzburg
tel: 0662/87 39 31
e-mail: office@friedensbuero.at
www.friedensbuero.at
Bankverbindung: Salzburger Sparkasse,
IBAN: AT102040400000017434
Öffnungszeiten:
Mo bis Mi: 9–11 Uhr • Do: 15–18 Uhr

IMPRESSUM

DER KRANICH
Nr. 02/2022
An der Erstellung dieser Ausgabe haben mitgewirkt: Christine Czuma, Hans Peter Graß, Kristina Langeder-Höll, Desirée Summerer, Barbara Wick. **Layout:** Kristina Langeder-Höll **Titelbild**: pexels | David McElwee, freie kommerzielle Nutzung
Grafisches Grundkonzept: Eric Pratter

Günther Marchner, *Mitglied im Vorstand des Friedensbüro Salzburg*

Narrative und Tabu-Zonen hinterfragen

Der Überfall der russischen Armee auf einen souveränen europäischen Staat ist Anlass genug, um verbreitete Narrative und Tabuzonen zu hinterfragen.

Dazu gehört die populäre „Erzählung“ einer sich ausbreitenden NATO als verantwortliche Ursache. Diese ignoriert jedoch die Flucht ehemaliger Sowjetrepubliken und Satellitenstaaten vor dem Trauma sowjetischer Herrschaft und ihre aktuell berechtigte Angst vor einem expansiven autoritär-nationalistisch-faschistischen Putin-Regime.
Angesichts dieses Überfalls halte ich auch liebgewordene Vorstellungen von Pazifismus und Neutralität für hinterfragenswürdig. Auch wenn Konfliktvermeidung und -bewältigung, faire Beziehungen, Verteilungsgerechtigkeit und Diplomatie vorrangige Aufgaben für Frieden und Stabilität sein müssen: Kann man die (fallweise) Notwendigkeit von militärischem Widerstand und eine gemeinsame militärische Verteidigung liberaldemokratischer Staaten aus pazifistischen Vorstellungen ausklammern? Und welche „Neutralität“ möchten wir in Österreich gegenüber einem Konflikt zwischen autoritärer Gewaltherrschaft und Demokratie praktizieren?
Unser Verhältnis zu unserer östlichen Nachbarschaft ist von Ignoranz und Desinteresse geprägt. Dies gilt vor allem auch gegenüber der Ukraine, einem Land, das in vielen von mir zu hörenden Alltagsgesprächen vergangener Jahre vorrangig als korrupter und nicht ernstzunehmender Staat galt. Dagegen wurde das Bemühen der ukrainischen Bevölkerung, autoritär-korrupten Verhältnissen zu entkommen, zu wenig wahrgenommen.
Wir alle kennen das Narrativ des „dekadenten Westens“ als Feindbild von Putin, anderen autoritären Regimen sowie rechtsradikaler oder islamistischer „Reinheitsgebote“. Viele von uns verabscheuen selbst die „westliche Kultur“ mit ihrem überbordenden und nicht zukunftsfähigen Konsum- und Lebensstil. Aber laufen wir dabei nicht Gefahr, die Grundlagen zu übersehen bzw. zu verlieren, die den „Westen“ tatsächlich ausmachen: nämlich individuelle Freiheit und liberaldemokratische Verfassung, Freiheit als Disziplin und Lebenskultur.
Nicht zuletzt geht es um die Kluft zwischen dem offiziellen Selbstbild wie „Sehnsuchtsbild“ von Europa (Freiheit, Demokratie) und dessen Realität (Rassismus, Nationalismus, wachsende Ungleichheit, Armut).

In dieser Zeitenwende wird es auch zur Nagelprobe für Europa werden, ob es gelingt, dem Selbst- und Sehnsuchtsbild gerechter zu werden.

Günther Marchner

Kurz & Bündig

Atomwaffenverbot jetzt!

Militarisierung und Aufrüstung haben in Zeiten des Krieges Hochkonjunktur und sie erfahren neue, längst überwunden geglaubte Entwicklungen, wie Waffenhandel an kriegsführende Staaten, Bündnisbeitritten u.v.m. Verbal tönt es noch viel lauter, denn auch die Hemmschwelle für einen Einsatz nuklearer Waffen als Mittel zur Verteidigung (!) scheint sich in einem rasanten Sinkflug zu befinden. Mitten hinein in diese weltpolitisch brisante Entwicklung fällt ein wenig beachtetes Ereignis: Vom 21. -23. Juni findet in Wien die 1. Staatenkonferenz des UN-Atomwaffenverbotsvertrags statt. Diesen Vertrag, der eine weltweite Ächtung nuklearer Waffen zum Ziel hat und erstmals auch humanitäre und ökologische Schäden durch den Einsatz nuklearer Waffen einklagbar machen soll, haben 122 Staaten angenommen. Zwar hat keiner der neun offiziellen Atomstaaten dem Vertrag zugestimmt, der Druck durch die Unterzeichnerstaaten, unterstützt durch eine aktive Zivilgesellschaft, wächst aber, ähnlich dem Wissen, dass die einzige Alternative gegen eine atomare Bedrohung eine atomwaffenfreie Welt ist. Die zunehmende Instabilität politischer Systeme, aber auch die technische Entwicklung atomarer Waffen erhöhen die Gefahr, dass verbal Geäußertes real umgesetzt wird. Die Forderung nach einer raschen Abrüstung der weltweit 13.081 Atomwaffen braucht viele laute Stimmen, denn „wenn Du den Frieden willst, bereite den Frieden vor" – diese Maxime lässt sich nur gewaltfrei realisieren.

CW

Ein Gender-Problem?

Der Krieg in der Ukraine hat uns alle tief erschüttert, was sich u.a. an den zahlreichen Berichten und Analysen abzeichnet, die täglich in Zeitungen und auf Informationsplattformen publiziert werden. Sowohl Boulevardpresse als auch Qualitätsmedien versuchen die Ereignisse zu beschreiben und zu bewerten. Dabei fällt auf, dass nicht nur Berichterstattung, sondern auch politische Analysen meist von Männern verfasst werden, was gesellschaftliche Strukturen widerspiegeln. Diese männliche Deutungshoheit kritisiert u.a. das Frauennetzwerk Medien. Eine reine männliche Perspektive würde die Geschehnisse nur sehr einseitig darstellen und weibliche Perspektiven auslassen. Gender-Stereotype des kämpfenden Soldaten und der hilflosen flüchtenden Frau würden so weiter befeuert werden, so das Frauennetzwerk. Um dem entgegenzuwirken, hat das Frauennetzwerk die Seite „Mehr als 20 Expertinnen" eingerichtet. Dort aufgelistet sind Berichterstattungen von Frauen zu Politik, Wirtschaft und eben auch zum Krieg in der Ukraine. Ziel ist es, Frauen, die direkt vom Krieg betroffen sind, zu Wort kommen zu lassen, und Expertinnen einen zusätzlichen Raum zur Artikulation zu geben. Diese Perspektiverweiterung ist durchaus zu begrüßen!

MM

Ihr habt es uns gezeigt!

Im Mai haben viele Kranich-Leser*innen unsere Umfrage beantwortet retourniert. Vielen Dank dafür - wir schätzen eure Meinung und Kritik sehr und es inspiriert uns enorm in der weiteren Arbeit! Was euch besonders wichtig war erfahrt ihr hier, ausführliche Ergebnisse senden wir auf Nachfrage zu.
Friedensarbeit ist aktuell für die Mehrheit vor allem in diesen Bereichen gefordert: Kriege stoppen und Rüstungsindustrie abschalten, Demokratie leben und Machtmissbrauch bekämpfen, sowie die Transformation von Bildungssystemen fördern. Das Friedensbüro nehmt ihr vorrangig als Veranstalter und Expert*innengruppe zu friedenspolitischen Themen wahr. Dabei stellt ihr fest, dass wir mit unseren Kompetenzen nicht mutig genug an die Öffentlichkeit gehen - das nehmen wir uns zu Herzen! Sichtbar ist geworden, dass viele Leser*innen noch nicht unseren digitalen Newsletter erhalten. Um näher an unserem aktuellen Geschehen zu sein und keine Termine mehr zu verpassen, empfehlen wir euch eine kostenlose Anmeldung: www.friedensbuero.at/newsletter
Danke auch für eure Friedensbüro-Mitgliedschaft! Jede davon zählt für den Verein! Falls ihr noch kein Mitglied seid und uns gern unterstützen (mit jährlich 30/60/18 €) möchtet, mailt bitte an office@friedensbuero.at oder ruft uns an.

DS

Das Zitat

BILD: Heike Huslage-Koch | freie kommerzielle Nutzung

„Ich verstehe das Wort Kriegsverbrechen nicht. Gibt es einen Krieg ohne Verbrechen?" *Natascha Wodin, „Mein Mariupol", Die Zeit, 31. März 2022. Natascha Wodin ist deutsche Schrifstellerin und Übersetzerin ukrainisch-russischer Abstammung. Sie ist u.a. Autorin des Buches „Sie kam aus Mariupol" (Rohwolt, 2017).*

„Der Blick nach vorne hilft“

Krieg als zentrales Thema der Friedenspädagogik

Das Gespräch führte Hans Peter Graß.

FOTO: Berghof_Foundation_Portrait_©_Mathias_Voelzke

Die Berghof Foundation in Tübingen hat unmittelbar nach dem Überfall der russischen Föderation in der Ukraine 11 friedenspädagogische Denkanstöße formuliert, um die friedenspädagogischen Konsequenzen des Krieges zu thematisieren.

Kranich: Ist es die Aufgabe von Friedenspädagogik, Kinder und Jugendliche vor den überbordenden medialen Eindrükken zu schützen oder kann man ihnen auch zutrauen, sich mit der Realität des Krieges zu konfrontieren?

Jäger: Das ist natürlich in erster Linie eine Frage des Alters. Kinder sollten wenn möglich nicht mit besonders grausamen Fotos oder Filmaufnahmen konfrontiert werden. Daraus entstehen häufig Kriegsängste, die sehr belastend sein können und ernst zu nehmen sind. Spezielle Kindernachrichtensendungen wie logo! berichten sehr einfühlsam und kindgerecht. Am wichtigsten ist es, Kinder mit den Nachrichten nicht alleine zu lassen, mit ihnen zu reden, sie zu beruhigen und Zuversicht zu geben – zum Beispiel auf ein Ende des Krieges in der Ukraine und dass die Kriegsgefahr in Deutschland eher gering ist. Wertvoll kann es auch sein, zu erklären, dass Kinder aus dem Kriegsgebiet fliehen konnten und nun unter anderem auch in Deutschland leben und sich geborgen fühlen können. Kinder interessieren sich häufig besonders dafür, wie es Gleichaltrigen geht. Auch mit Jugendlichen ist das gemeinsame Gespräch wichtig, unter anderem auch über die Möglichkeiten, Nachrichten aus unterschiedlichen Quellen zu recherchieren und wie man sich für Frieden engagieren und geflüchtete Menschen unterstützen kann. Kinder und Jugendliche haben oft einen erfrischenden, pragmatischen Zugang: auf unserem Internetportal www.frieden-fragen.de hat uns zum Beispiel ein 12jähriger Junge gefragt: „Wo kann ich ukrainisch lernen? In meinem Fußballverein ist ein Junge aus der Ukraine“. Konkretes Handeln zu unterstützten tut immer gut.

Kranich: Seit Monaten ist von Aufrüstung, aber auch von der Infragestellung und Neubewertung von Fähigkeiten wie Empathie zeigen, im Dialog bleiben, Nachgeben und Perspektiven wechseln die Rede. Sind da nicht basale Grundpfeiler der Friedenspädagogik betroffen und gefährdet?

Jäger: Der Krieg in der Ukraine stellt selbstverständlich auch die Friedenspädagogik vor neue Herausforderungen. Politische Fehleinschätzungen müssen diskutiert werden und z.B. die Frage, warum keine dichteren Netzwerke mit friedensorientierten Menschen und Gruppen in der Ukraine und Russland geschmiedet werden konnten. Nach vorne blickend geht es auf der einen Seite um die Frage, wie Methoden ziviler Konfliktbearbeitung noch besser bekannt gemacht werden können, um die Präventionsarbeit zu verstärken und wie dies vor allem auch im Austausch mit den Zivilgesellschaften in anderen Ländern geht. Auf der anderen Seite geht es jetzt darum, den Frieden im Krieg vorzubereiten. Solidarität zeigen mit den Menschen in der Ukraine, aber auch mit Friedenskräften in Russland, mögliche Wege zur Versöhnung zu besprechen, Netzwerke zu knüpfen, eine neue Friedensarchitektur zu erarbeiten und Grenzen überschreitende (Friedens-)Bildungsansätze. Grundpfeiler wie Empathie und Dialog sehe ich nicht gefährdet, im Gegenteil. Es geht nicht um Empathie mit gnadenlosen Aggressoren, sondern mit den betroffenen Menschen!

Kranich: Geht es in der Friedenspädagogik eher darum, die Dynamik des Krieges zu verstehen, oder auch darum, Krieg als Verbrechen an der Menschlichkeit zu ächten?

Jäger: Die Ächtung des Krieges ist eine Grundaufgabe der Friedenspädagogik. Schon Maria Montessori hat als eine der Vordenker*innen der Friedenspädagogik darauf hingearbeitet – aber auch zu Recht hinzugefügt, dass dieses Ziel nicht allein über Bildungsmaßnahmen, sondern vor allem über Politik und internationales Recht erreicht werden kann. Es ist wichtig, auch die Grenzen der (Friedens-)Pädagogik in den Blick zu nehmen. Und ja, die präzise Konfliktanalyse ist und bleibt für die Friedenspädagogik wichtig. Nur so kann auch aus furchtbaren Entwicklungen für die Zukunft gelernt werden. Dabei ist Konfliktanalyse auch verknüpft mit Medienanalyse und der Analyse dessen, was in der Politik als Erklärungen für den Krieg diskutiert und den Menschen angeboten wird. Diese Transparenz herzustellen und zu vermitteln, um die eigenständige Meinungsbildung zu fördern, ist zum Beispiel eine der wichtigen Aufgaben der Friedensbildung in der Schule.

Kranich: Menschen aus Kriegsgebieten haben eine andere Einstellung zu Fragen von Rüstung und militärischen Interventionen. Wie gestaltet man das Dilemma der Solidarität mit betroffenen Menschen und den daraus entste-

henden Widersprüchen zu eigenen Werthaltungen?
Jäger: Es geht immer darum, Menschen ins Gespräch zu bringen, geschützte Räume zu schaffen für einen offenen Austausch der Meinungen, Erfahrungen, Gefühle, Emotionen, Ängste, Hoffnungen. (Aktives) Zuhören ist wichtig, und der Aufbau von Vertrauen. Dann fällt es allen leichter, Unterschiede in den Einschätzungen und der Bewertung zu respektieren. Niemand sollte den Eindruck vermitteln, den alleinig richtigen Weg zum Frieden zu kennen. Frieden entsteht im Dialog, auch wenn am Ende klare Dissense festgestellt werden müssen.

Kranich: Wo sehen Sie die Grenzen des Dialogs, wenn es darum geht, sich von Diktatoren und Kriegsverbrechern abzugrenzen, aber auch in Bezug auf die mangelnde Bereitschaft von gekränkten und traumatisierten Menschen, sich auf Dialogprozesse einzulassen?
Jäger: Dialog kann man nicht erzwingen. Alle Beteiligten müssen ihn suchen und wollen. Organisieren und optimieren kann man die Voraussetzungen, Rahmenbedingungen, Regeln, Abläufe. Dazu gehört es zu erkennen, welche Menschen zuallererst therapeutische Hilfe benötigen und wie man sie dabei unterstützen kann. In der Friedenspädagogik weiß man um die Bedeutung von Traumatherapie und überlässt diese dem Fachpersonal. Und Dialoge können und sollten beendet werden, wenn Grenzen überschritten werden. Dazu gehören persönliche Beleidigungen oder ganz sicher auch die Verherrlichung von Krieg und Gewalt. Wo diese Grenzen genau liegen, müssen die am Dialog beteiligten Menschen für sich selbst definieren.

Kranich: In Ihren friedenspädagogischen Denkanstößen raten Sie Pädagog*innen, sich selbst vor Überforderung und Überengagement zu schützen. Wie gehen Sie persönlich mit dieser alltäglichen Herausforderung um?
Jäger: Die zeitlich begrenzte Konfrontation mit (Kriegs-)Nachrichten war und ist für mich wichtig, um nicht sinnlos am Leid der Menschen und der Unbarmherzigkeit der Verursacher zu verzweifeln. Damit verbunden ist die gezielte Suche nach Reportagen und aufklärenden Hintergrundberichten und Analysen. Der Blick nach vorne hilft auch: Schon das positive gemeinsame Nachdenken über eine mögliche neue Friedensarchitektur, über langfristige Unterstützungsmöglichkeiten für die betroffenen Menschen auf ihrem langen Weg zur Versöhnung und über neue Ansätze der Friedensbildung schafft Erleichterung. Wie bei der Pädagogik gilt: die eigenen, persönlichen Grenzen bewusst machen. Und schließlich hilft die Natur (Wanderung!), nicht den Blick auf das Schöne zu verlieren und neue Kräfte zu gewinnen...

Kranich: Vielen Dank für das Gespräch!

Prof. Uli Jäger *leitet seit 2012 die Abteilung Global Learning for Conflict Transformation der Berghof Foundation, Tübingen. Von 1986 bis 2012 war er Ko-Direktor des Instituts für Friedenspädagogik, Tübingen e.V. (IFT).*

WORKSHOPS

WHYWAR - KRIEG IN DER UKRAINE

Was ist Krieg? (2-3 Unterrichtseinheiten, ab 13 Jahre)
Was ist Krieg? Wie entsteht er, wie entwickelt er sich und was ist ihm entgegenzusetzen? Was macht er aus den Opfern, den Tätern und denen, die zusehen? Wie kann Krieg beendet werden?

Was hat Krieg mit mir zu tun? (2-3 Unterrichtseinheiten, ab 13 Jahre)
Krieg ist sowohl weit weg wie auch ganz nahe. Für die einen hat er viel zu tun mit eigenen Erfahrungen und Ängsten. Für andere zeigt er sich vorwiegend in Nachrichten, Filmen, Büchern, Bildern oder Träumen. Ziel des Workshops ist es zu fragen, was Krieg mit uns zu tun hat – mit unserer Geschichte, unserer Familie, unserer Umgebung, unseren Gefühlen und Wahrnehmungen.

Aufstehen und Handeln (ab 3 Unterrichtseinheiten, ab 13 Jahre)
Der Krieg macht hilflos und zerstört die Kreativität und Konfliktkultur der Beteiligten. Gleichzeitig fordert er aber auch zu Widerstand, Solidarität und politischem Handeln heraus. Ziel dieses Workshops ist es, eigene Handlungperspektiven gegen Krieg zu reflektieren, vorzubereiten und bei Bedarf die Umsetzung zu begleiten.

Der Krieg in der Ukraine - Ursachen und Hintergründe (2-3 Unterrichtseinheiten, ab 13 Jahre)
Mit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine stellt sich seit dem 24. Februar 2022 vor allem eine Frage: Warum gibt es diesen Krieg? Welche historischen, politischen und gesellschaftlichen Hintergründe und Zusammenhänge lassen sich dafür identifizieren? Ziel des Workshops ist es, den Angriff auf die Ukraine zu kontextualisieren und Ursachen für Kriege an einem Fallbeispiel zu reflektieren.

Philosophieworkshop: Warum Krieg? (1-2 Unterrichtseinheiten, bis 12 Jahre)
Kinder und Jugendliche können beim Philosophieren den Fragen zum Thema Krieg und Frieden nachgehen, die sie wirklich beschäftigen. Denn sie selbst bestimmen, worüber geredet wird. Weil es nicht darum geht, bestimmte Antworten zu finden, entsteht eine große Freiheit für das eigene Nachdenken.

Nähere Informationen: www.whywar.at

Werner Wintersteiner, *Friedensforscher & Friedenspädagoge*

Die Friedensziele in den Blick nehmen

Friedenslogik und Gewaltfreiheit im Ukraine-Krieg

Von Werner Wintersteiner.

In der Diskussion um den Krieg in der Ukraine dominiert unter anderem das Abwägen von Für und Wider von Waffen- und Rüstungslieferungen. Die (geplanten) Ausgaben für das Militär steigen vielerorts und Pazifismus gilt als weltfremd und naiv. Werner Wintersteiner plädiert dafür, stattdessen die Friedensziele wieder stärker in den Blick zu nehmen und Friedensprozesse zu initiieren.

Angesichts des Krieges in der Ukraine ist der Pazifismus in aller Munde. Vor allem im Munde derer, die immer schon gewusst haben, dass Pazifismus eine naive und gefährliche Träumerei ist, und die jetzt überall verbreiten, wie sehr sie sich bestätigt sehen. Es ist auffällig, dass die Medien der Diskussion über Pazifismus nun zwar ausgiebiger Raum geben, aber kaum jemals der Stimme von Pazifist*innen selbst.

Damit wird ein Zerrbild von Pazifismus in der Öffentlichkeit präsentiert, von dem man sich leicht abgrenzen kann. Die deutschen Briefe und Gegenbriefe an den Bundeskanzler Scholz tun das Ihre dazu, die Debatte emotional aufzuladen. Die Diskussion ist eifrig und eifernd, selbstgerecht, aber nie selbstkritisch. Doch das würde uns allen gut anstehen. Denn wer kann von sich behaupten, die Entwicklung vorausgesehen zu haben und genau zu wissen, was nun geschehen soll?

Von Österreich aus gesehen versteht man noch weniger, wieso der nachträgliche Streit über die längst beschlossene Lieferung von Rüstungsmaterial zu einer derartigen moralischen Prinzipienfrage hochstilisiert werden kann. Österreich z.B. liefert keine Waffen, aufgrund seiner Neutralität, aber auch aus Mangel an Waffen, und Frankreich liefert viel weniger als Deutschland. Trotzdem hat sich in diesen Ländern kein Prinzipienstreit über Waffenlieferungen entwickelt, und Skeptiker*innen wird nicht so schnell Verrat an der Sache der Demokratie und des Freien Westens vorgeworfen.

Die Konzentration auf das Für und Wider der Rüstungslieferungen lenkt meines Erachtens ab von der eigentlichen Frage, nämlich wie nun wieder Frieden hergestellt werden, bzw. genereller, wie eine Friedenspolitik aussehen kann. Friedenspolitik ist die entscheidende Begrifflichkeit, um aus einer moralischen eine politische Debatte zu machen. Offensichtlich weichen die meisten dieser Frage aus, weil sie ihnen als zu schwierig erscheint. Sie setzen auf einen Durchhaltekrieg und einen Siegfrieden der Ukraine und werfen den Pazifist*innen vor, aus einer bequemen Position im friedlichen Ausland der Ukraine die Kapitulation vor dem Aggressor nahezulegen. In Wirklichkeit müsste man umgekehrt argumentieren, dass diese Bellizist*innen aus einer bequemen Position im friedlichen Ausland einen Krieg weiter anheizen, der beiden Seiten, und vor allem der überfallenen Ukraine, ungeheure Verluste bringt.

Als Friedensforscher*innen gehen wir von der Prämisse aus, dass es gerade in einer Situation des Krieges nach einer friedlichen Alternative zu suchen gilt, auch wenn damit keineswegs die Gewissheit einhergeht, dass diese auch gefunden werden kann. Dies entspricht einer Haltung, wie sie der Schriftsteller Ilija Trojanow fordert:

„Angesichts der Kriegsziele sollten wir die Friedensziele nicht aus den Augen verlieren. Die alte Sicherheitsordnung habe ausgedient, heißt es, dabei ist das Gegenteil wahr – die Militärordnung hat mal wieder ihre hässliche Fratze gezeigt. Das Friedensprojekt der EU hingegen leuchtet umso heller. Anstatt wie manche Hofschranzen das Ende der Weltgemeinschaft auszurufen, sollten wir diese durch Globalisierung von unten anstreben, als gemeinsames Haus mit würdevollem Platz für alle. Das wäre eine wirkliche Zeitenwende.“ [1]

Zumindest einige Annahmen lassen sich bereits als gesichert betrachten:

- Dieser Krieg ist aus der Vorherrschaft einer *Logik der Gewalt*, die sich selbst als *Sicherheitslogik* versteht, entstanden, darum kann er nicht durch Gewaltlogik überwunden werden. Auch wenn Russland eindeutig der Aggressor ist und die Verantwortung für den Krieg trägt, so hat der Krieg doch eine lange Vorgeschichte, die nicht ausgeblendet werden darf. Dabei spielt die Politik der NATO und besonders der USA eine konfliktverschärfende Rolle, die eingestanden und überwunden werden muss.

- Der Krieg ist sicher die Verteidigung eines Landes, dessen Souveränität in brutalster Weise mit Füßen getreten wurde. Doch muss bezweifelt werden, dass seine Hochstilisierung zu einem Krieg für die Demokratie, für die Menschenrechte und humanistischen Ideale zutreffend ist. Diese ideologische Überhöhung ist vielmehr Teil der Kriegspropaganda und damit der Logik der Gewalt.

- Es kann in diesem Krieg keinen Sieger geben. Die verheerenden Zerstörungen durch die russische Armee, die die Ukraine verwüsten, werden uns täglich vor Augen geführt. Aber auch der Ruin Russlands schreitet voran, während der Kriegsverlauf inzwischen auf einen lange andauernden Stellungskrieg hindeutet. Die internationalen Beziehungen sind schwer beeinträchtigt, das gegenseitige Vertrauen ist auf dem Nullpunkt. Zudem hat der Krieg auch drastische Folgen für die Versorgung wichtiger Teile des Globalen Südens mit Nahrungsmitteln.

- Je länger der Krieg dauert, desto wahrscheinlicher wird es, dass die gegenseitigen Verhärtungen eine Friedenslösung verhindern. Und je länger der Krieg dauert, desto mehr steigt auch die Gefahr einer Eskalation, durch den Einsatz noch

gefährlicherer Waffen wie durch die Einbeziehung von noch mehr Akteuren.

- Zum anderen haben die anfänglichen, inzwischen abgebrochenen Verhandlungen gezeigt, dass es längst die Umrisse eines Abkommens gibt, das für einen Waffenstillstand und anschließende Friedensverhandlungen reichen müsste. Zudem ist die weit verbreitete Ansicht, mit Putins Russland könne man nicht verhandeln, völlig falsch. Putin handelt vielleicht nach einer irrationalen Kriegslogik, aber im Konkreten trifft er immer wieder rationale Entscheidungen, wie den Rückzug der Truppen dort, wo das Erreichen seiner Kriegsziele ganz aussichtslos geworden ist. Mit Russland muss man sogar verhandeln, wenn man zu einem Ende der Kampfhandlungen kommen möchte.

- Der *Friedensprozess* ist vielleicht noch viel entscheidender als die genauen Bestimmungen, die ausgehandelt werden. Dazu sind einige Prinzipien einer gewaltbeendenden Krisendiplomatie zu beachten: Alle Seiten müssen sich Vorteile von einem Friedensabkommen erwarten, die ihre Erwartungen in eine Weiterführung des Krieges übersteigen. Es braucht Vermittlungsinstanzen, die das Vertrauen beider Seiten genießen. Das Abkommen muss alle wichtigen Anliegen aller Parteien umfassen. Eine Roadmap ist nötig, zu der sich alle Seiten bekennen. [2]

- In den Friedensprozess müssen alle Akteure einbezogen werden, nicht nur Russland und die Ukraine, sondern auch die europäischen Staaten, die NATO und die USA. Europa aber muss endlich beginnen, nicht nur gemeinsam, sondern auch für die eigenen Interessen aufzutreten, die sich keineswegs immer mit denen der USA decken. Europa hat größtes Interesse daran, das endlich zu erreichen, was nach Ende des Ost-West-Konflikts sträflich vernachlässigt wurde.

– Eine gesamteuropäische Friedensordnung, unter Einschluss aller Beteiligten, gerade auch Russlands. Auch wenn der Krieg die Erreichung dieses Ziels sicher sehr erschwert, bleibt es die eigentliche Friedenslösung. Die neue NATO-Erweiterung mit Schweden und Finnland ist so gesehen und im Gegensatz zu dem, was die Protagonisten glauben, ein Schritt in die falsche Richtung.

-Der Friedensprozess ist nicht nur ein staatspolitischer, sondern auch ein zivilgesellschaftlicher Prozess. Deswegen ist der gewaltfreie Widerstand, den es nach wie vor in der Ukraine, in Russland und Belarus gibt, so wichtig und verlangt unsere Unterstützung.[3] Und deswegen müssen auch möglichst viele kulturelle und zivile Kommunikationskanäle mit Menschen in Russland aufrecht erhalten bleiben.

Der Friedensprozess könnte somit als Projekt der „Gemeinsamen Sicherheit wider Willen"[4] umschrieben werden. Es wird Zeit, dass alle Beteiligten endlich einsehen, dass es dazu keine Alternative gibt.

Verweise:

[1] https://taz.de/Krieg-und-Pazifismus/!5850799/ [letzter Zugriff am 16. Juni 2022]
[2] Vgl. Medea Benjamin/Nicolas J.S. Davies: This Is How the United States Could Help Bring Peace to Ukraine. https://www.commondreams.org/views/2022/04/28/how-united-states-could-help-bring-peace-ukraine [letzter Zugriff am 16. Juni 2022].
[3] Vgl. dazu mein Dossier Der unterschätzte Widerstand: gewaltfreie Aktionen. Ein Überblick. https://www.versoehnungsbund.at/krieg-ukraine-versoehnungsbund/ [letzter Zugriff am 16. Juni 2022].
[4] Vgl. die Stellungnahme aus der AG Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung „Friedenslogik statt Kriegslogik". https://pzkb.de/friedenslogik-statt-kriegslogik/ [letzter Zugriff am 16. Juni 2022].

Univ. Prof.i R. Dr. Werner Wintersteiner *war Gründer und Leiter des Zentrums für Friedensforschung und Friedensbildung an der Universität Klagenfurt. Seine Arbeitsschwerpunkte sind kulturwissenschaftliche Friedensforschung, Erinnerungspolitik mit Fokus auf die Alpen-Adria-Region, Friedenspädagogik und Global Citizenship Education.*

BEZAHLTE ANZEIGE

Heinz Gärtner, *Politikwissenschaftler & Publizist*

Permanenter Krieg oder permanente Neutralität

Von Heinz Gärtner.

Der Krieg in der Ukraine hat einen Sättigungsgrad erreicht. Doch wie könnte Frieden erreicht werden? Derzeit ist eine mögliche Neutralität der Ukraine kaum mehr Thema im öffentlichen Diskurs. Warum es sich lohnt, diese Option wieder stärker zu beleuchten, erläutert der Politikwissencshaftler Heinz Gärtner.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hatte Anfang Juni einen Sättigungsgrad erreicht. Die Kämpfe wogen hin und her. Die Theorie des „gerechten Krieges" kennt einige wichtige Bedingungen. Es muss ein „gerechter Grund" vorliegen, der mit der Verteidigung der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg zweifelsohne gegeben ist. Eine andere Bedingung ist aber die „Verhältnismäßigkeit". Danach müssten Gewinne auf dem Schlachtfeld größer sein als die Zerstörung und die menschlichen Verluste. Diese übersteigen zunehmend die militärischen Vorteile beider Seiten. Die Ukraine scheint große Verluste in Kauf zu nehmen, um die russischen Truppen zurükkzudrängen. Dennoch dürfte sie nunmehr am Verhandlungstisch mehr erreichen können als auf dem Schlachtfeld. Wie könnte eine Verhandlungslösung aussehen? Für Russland war die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO, die die Ukraine anstrebte, eine rote Linie. Bei den Gesprächen in Istanbul Ende März hatte man daher die Neutralität der Ukraine schon in Betracht gezogen, die aber auch einen Rückzug der russischen Truppen von einem Großteil des ukrainischen Territoriums zur Folge haben müsste.

Die Fortsetzung des Krieges brächte sowohl für Russland als auch die Ukraine dramatische Konsequenzen. Zieht man historische Vergleiche, so haben sowohl Frankreich in Algerien (1954-1962), die USA in Vietnam (1964-1975) und die Sowjetunion in Afghanistan (1979-1989) die fast zehn Jahre dauernden Kriege um Einfluss letztlich verloren, aber jeweils an die zwei Millionen Tote hinterlassen. Weitere Warnungen für Russland können der seit 2015 von Saudi Arabien (vom Westen hochgerüstet) gegen die Rebellenorganisation der Houthis geführte Krieg im Jemen und der Krieg der USA und der NATO in Afghanistan (2001-2022) sein, mit jeweils zehn- bis hunderttausenden Opfern. Nach dem achtjährigen Krieg zwischen dem Iran und Irak von 1980 bis 1988 mit zwei Millionen Opfern wurde die Grenze wieder dort gezogen, wo sie vor dem Beginn des Krieges war.

Die Stimmen aus dem Westen, die glauben, man müsse Russland ein für alle Mal eine Lektion erteilen, dass es keine künftigen Kriege mehr beginnt, werden durch die Geschichte vielfach widerlegt. Zwanzig Jahre nach Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg startete Adolf Hitler einen neuen. Zwei Jahre nach dem verlustreichen Krieg des Irak gegen den Iran überfiel Saddam Hussein 1992 Kuwait. Trotz der Erfahrungen in Vietnam intervenierten die USA in Afghanistan 2001 und Irak 2003. Nicht zuletzt, nach dem erzwungenen Abzug der Sowjetunion aus Afghanistan 1989 begann Russland 2022 den Krieg gegen die Ukraine.

Neutralität und Sicherheitsgarantien: Für die Ukraine entscheidend sind aber Sicherheitsgarantien, die für eine derartige Neutralität gegeben werden können. Bilaterale Beistandsverpflichtung von NATO-Staaten würde sich kaum von einer NATO-Mitgliedschaft unterscheiden und auch kaum gegeben werden. Auch in diesem Krieg vermeiden es die NATO-Staaten, direkt hineingezogen zu werden.

Es bestünde auch das Modell von multilateralen Sicherheitsgarantien im Sinne eines kollektiven Sicherheitssystems. Daran würden die permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrates (die USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich) sowie etwa Deutschland, Italien, Polen. die Türkei und auch andere beteiligt sein. Diese Staaten sollten einer Aggression vorbeugen und einem Angreifer entgegentreten. Allen Staaten, inklusive Russland, würde eine besondere Verantwortung zukommen. Derartige Sicherheitsgarantien funktionieren aber nur, wenn der neutrale Staat seine Neutralität glaubwürdig vermittelt. Er muss schon in Friedenszeiten klarstellen, dass er keinem Militärbündnis beitreten und an keinen fremden Kriegen teilnehmen wird. Die Ukraine hatte immer wieder betont, dass sie dem Militärbündnis NATO beitreten wolle; sie war daher nicht als glaubwürdig neutraler Staat zu betrachten. Das russische Motiv für die Invasion in der Ukraine war schließlich nicht deren neutraler Status, sondern deren Absicht, einem aus russischer Sicht feindlichen Bündnis beizutreten.

Belgien nach 1830 ist ein Beispiel für die erfolgreiche Kombination von permanenter Neutralität und multilateralen Sicherheitsgarantien. Erst durch die Anerkennung der Staaten des Wiener Kongresses – Österreich, Preußen, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Russland – als permanent neutraler Staat wurde Belgien ein unabhängiger Staat. So behielt Belgien für fünfundsiebzig Jahre seine Unabhängigkeit. Es diente gleichzeitig als wichtiger Pufferstaat zwischen Frankreich und Deutschland. Erst im Zuge des Ersten Weltkrieges wurde Belgien – so wie die nicht-neutralen Staaten Frankreich und Russland – von Deutschland angegriffen. Großbritannien nahm seine Verpflichtungen ernst und nahm den Angriff auf das neutrale Belgien als Anlass, in den Krieg einzutreten.

Ein neutraler Status kann aber an sich eine Garantie sein. Historisch gesehen wurde Neutralität immer dann militärisch verletzt, wenn auch Bündnismitglieder angegriffen wurden, wie während des Ersten und des Zweiten Weltkriegs. Beispiele sind nicht nur Belgien und Norwegen, sondern auch der Iran, dessen Neutralitätsversuche während beider

Weltkriege durch die Besetzung von der Sowjetunion und Großbritannien beendet wurden. So drohte auch Präsident Eisenhower der Sowjetunion mit Krieg, sollte sie die Neutralität Österreichs während der Ungarnkrise 1956 verletzen. In der Geschichte gab es kaum Fälle, bei denen ein schon in Friedenszeiten neutraler Staat überfallen wurde, ohne dass gleichzeitig auch nicht-neutrale Staaten angegriffen wurden. Ein Beispiel ist die Einverleibung von Hawaii durch die USA 1895.

Neutralität und der Verzicht der Ukraine auf die NATO-Mitgliedschaft sind eine Möglichkeit, dass russische Truppen abziehen. Sonst droht der Ukraine permanente Besetzung oder permanente Teilung, wie in Deutschland oder Korea im Kalten Krieg. Wäre dieser Vorschlag 2014 [1] aufgegriffen worden, hätte der Krieg wahrscheinlich verhindert werden können, und die Ukraine hätte den Donbass mit einer starken Autonomieregelung, wie im Minsk-Übereinkommen vorgesehen, behalten können.

Österreich war von ausländischen Truppen der vier Siegermächte, einschließlich sowjetischer, besetzt. Es drohte die Gefahr der permanenten Besetzung und Teilung wie in Deutschland. Durch den Verzicht auf Mitgliedschaft in einem Militärbündnis wurden diese Truppen abgezogen. Die Neutralitätserklärung wurde am 26. Oktober 1955 vom österreichischen Parlament verabschiedet. Die österreichische Neutralität ist verfassungsrechtlich verankert und völkerrechtlich garantiert.

Die Annahme, dass es keine Alternative zum Krieg geben würde, hat in der Geschichte immer wieder zu Tragödien geführt. Um zu einer Einigung zu kommen, wird man Kompromisse finden müssen. Der Verzicht der Ukraine auf eine NATO-Mitgliedschaft und eine garantierte Neutralität der Ukraine ist der wichtigste Punkt. Neutralität der Ukraine scheint eine tragbare Basis für eine Friedenslösung zu sein. Es gibt keine vollständige Garantie dafür, dass Großmächte Abkommen und Völkerrecht einhalten, wie auch Präsident Trumps einseitige Aufkündigung des Nuklearabkommens mit dem Iran zeigt, wodurch er die Golfregion an den Rand des Krieges brachte. Präsident Putin brachte den Krieg zurück nach Europa, er darf nicht zur Normalität werden! Darüber hinaus muss für nach dem Krieg eine große internationale Sicherheitskonferenz angedacht werden, ähnlich wie die der KSZE in Helsinki 1975, wo dann die Ergebnisse mit Zusicherungen und Verträgen zwischen Russland und dem Westen abgesichert werden.

[1] https://www.derstandard.at/story/1392686995883/kiew-sollte-sich-neutralitaet-oesterreichs-ansehen (letzter Zugriff am 10.6.2022).

Univ. Prof. Dr. Heinz Gärtner *ist Lektor an der Universität Wien und er ist Vorsitzender des Beirats des International Institute for Peace in Wien (IIP) sowie des Beirates Strategie und Sicherheit der Wissenschaftskommission des Österreichischen Bundesheeres. Er ist Herausgeber des Buches „Die Ukraine im Krieg – ist Frieden möglich?“ (LIT-Verlag, Juni 2022)*

BEZAHLTE ANZEIGE

Fabian Reicher, *Sozialarbeiter* ***& Adam,*** *Verein Ichkeria & tschetschenische Diaspora*

Tschetschenien – Syrien – Ukraine

Das Phänomen der Foreign Fighters

Von Fabian Reicher & Adam.

FOTO: Screenshot aus dem Trailer zum Buch „Die Wütenden" (Westend, 2022)

Tschetschenien, Syrien und die Ukraine – auf den ersten Blick völlig unterschiedliche Länder mit einer gänzlich anderen Geschichte. Was diese Länder allerdings miteinander verbindet, sind Putins „geopolitische Interessen" und die Kriege, die von Russland aus gegen diese Länder geführt werden.

Putins Einstieg in die Politik war der zweite Krieg gegen Tschetschenien, der 1999 nur 3 Jahre nach dem ersten Tschetschenienkrieg begann. Wie auch der Krieg gegen die Ukraine oder der Krieg in Syrien wurde auch dieser Krieg in der russischen Propaganda nicht als Krieg, sondern als „Antiterroreinsatz" bezeichnet. Was diese Kriege außerdem miteinander verbindet, ist die Art der Kriegsführung. Der zweite Krieg gegen Tschetschenien war ein klassischer „dirty war", in dem auf russischer Seite hauptsächlich Söldner zum Einsatz kamen, die unglaubliche Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung begingen. Damals hat man das in Europa als „innere Angelegenheit Russlands" betrachtet und ließ Putin gewähren.

So auch in Syrien, wo Putin das Assad-Regime stützte, das mit einer unglaublichen Brutalität gegen die eigene Bevölkerung vorging. Auch in diesem Krieg spielten russische Söldner eine entscheidende Rolle. Die Gruppe Wagner erreichte internationale Bekanntheit, da sie ihre eigenen Kriegsverbrechen filmte und ins Netz stellte. Der russische Spin von Assad als legitimer syrischer Präsident wurde von Europa nach und nach übernommen; Hauptsache „Stabilität" in der Region, damit keine Flüchtlinge mehr kommen. Millionen Menschen mussten flüchten, während sich tausende Menschen aus Europa und der ganzen Welt sich Richtung Syrien aufmachten und sich unterschiedlichen Gruppen anschlossen, die gegen das Assad-Regime kämpften, viele davon dem sogenannten „Islamischen Staat". Im europäischen Vergleich zählt Österreich die zweitmeisten Foreign Fighters. 334 in Österreich lebende Personen sind oder haben versucht auszureisen, um sich dem sogenannten „Islamischen Staat" anzuschießen.

Der Großteil der österreichischen Foreign Fighters in Syrien besteht aus Menschen mit tschetschenischen Wurzeln. Für viele spielte dabei die Geschichte vom Globalen Dschihad oder die Propaganda des sogenannten „Islamischen Staates" keine große Rolle. Viele junge Menschen sahen in Syrien die Möglichkeit, den Kampf fortzusetzen, den die Generation ihrer Eltern verloren hatte. Erleben wir jetzt im Kontext des Krieges gegen die Ukraine eine ähnliche Dynamik?
Tschetschenen kämpfen auf beiden Seiten, auf der Seite der russischen Föderation gezwungenermaßen von Kadyrov und auf der Seite der Ukraine kämpfen unter anderem bereits seit 2014 die Bataillone „Sheykh Mansur" und „Dschovchar Dudajev".

Russische Seite

Wir stehen mit jungen Tschetschenen, die von Österreich aus in die russische Föderation

abgeschoben wurden, in Kontakt. Sie haben furchtbare Angst, den Einberufungsbefehl zu bekommen und bereiten sich darauf vor, erneut zu flüchten, denn sie wollen nicht für Putin in den Krieg ziehen.
Am 25. Februar versammelte Kadyrov nach eigenen Angaben „12 000 Soldaten, die jeden seiner Befehle ausführen würden und sofort bereit seien, für Putin in den Krieg gegen die Ukraine zu ziehen. Sie seien so stark, dass er der Ukraine empfiehlt, aufzugeben."
Viele westliche Medien haben diese Propaganda 1:1 übernommen, doch es gab nie „12 000 Soldaten". Die Menschen, die dort versammelt wurden, waren zu einem großen Teil Sicherheitskräfte, Polizisten und vor allem Jugendliche, die gezwungen wurden, eine Uniform anzuziehen und sich hinzustellen. Die „12 000 Soldaten" wurden auch nicht in die Ukraine geschickt. Nachdem das Video aufgenommen wurde, sind alle wieder zurück nach Hause gegangen.
Bereits 2014, zu Beginn des Krieges im Donbass, versammelte Kadyrov „seine Soldaten", um sie in die Ukraine zu schicken. Suleyman Gesmakhmajev war damals dabei, mittlerweile ist er aus Tschetschenien geflohen und sagte gegenüber der Novaya Gazeta, dass die Waffen, die sie für diese Machtdemonstration in die Hand gedrückt bekommen haben, alle ungeladen waren, weil Kadyrov zu viel Angst vor seinen eigenen Leuten hat.
Es kämpfen maximal ein paar Tausend Soldaten aus Tschetschenien in der Ukraine, die man in drei Kategorien einteilen kann:
1) Kadyrovs engste Leute, die sich an den Kämpfen gar nicht beteiligen, sondern hauptsächlich Videos für TikTok und Instagram machen. Dementsprechend unbeliebt sind sie auch bei den anderen Soldaten.
2) Junge Tschetschenen (auch viele geistig beeinträchtigte Personen), die dazu gezwungen werden und als Kanonenfutter an die Front geschickt werden. Die meisten werden vor die Wahl gestellt: 10-12 Jahre Gefängnis oder Krieg.
3) Einfache Arbeiter, die für 300 000 Rubel (umgerechnet ca. 3 334 Euro) angeworben wurden. Sie haben keine Kriegserfahrung, können zumeist nicht mal eine Waffe bedienen oder ein Motorrad fahren.

Ukrainische Seite

Sollen junge Tschetschen*innen in die Ukraine fahren und sich dem dortigen Kampf gegen das Putin-Regime anschließen? Akhmed Zakayev, Exil-Präsident der tschetschenischen Republik Ichkeria, antwortet auf diese Frage anlässlich einer Konferenz zum Ukraine-Krieg in Brüssel im Februar 2022:
„Unsere volle Solidarität an das ukrainische Volk in seinem Kampf gegen das Putin-Regime. Euch junge Leute in den Krieg zu schicken hat keinen Vorteil für uns. Ihr müsst einen eigenen Weg einschlagen, damit wir als Volk eine Zukunft haben und die nächste Generation in einem freien Tschetschenien leben kann."

Stell dir vor es ist Krieg und keiner geht hin – junge Männer, egal ob aus der russischen Föderation oder Syrien, die flüchten, damit sie nicht einrücken und sich an den Verbrechen des Putin- oder Assad-Regimes beteiligen müssen, sind wahre Helden, egal ob sie blaue oder braune Augen haben!
Neben einem baldigen Frieden in der Ukraine und in Syrien hoffen wir vor allem, dass das BFA nicht auf die Idee kommt, weiterhin Menschen in die russische Föderation abzuschieben.

Fabian Reicher *arbeitet als Sozialarbeiter bei der Beratungsstelle Extremismus im Bereich der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit. Er ist Mitgründer mehrerer Online-Streetwork Initiativen, unter anderem das von der Europäischen Kommission als best practice ausgezeichnete Projekt Jamal al-Khatib – Mein Weg. Buchtipp (s. Rückseite): „Die Wütenden. Warum wir im Umgang mit dschihadistischem Terror radikal umdenken müssen" (Westend Verlag, 2022).*
Adam, *19 Jahre jung, Mitglied eines Vereins namens Ichkeria und tätig als Speaker sowie Brückenbauer in der tschetschenischen Diaspora-Community. Schließt demnächst eine Lehre als Applikationsentwickler ab. Die Freizeit wird meist fürs Kreative sowie für Skateboarden, Training oder Programmier-Aufgaben genutzt.*

SERIE

CHECHENYA - DER TAG AN DEM ICH MEINE HEIMAT VERLASSEN MUSSTE

Viele junge Tschetschen*innen wissen oft nur sehr wenig über ihre eigene Geschichte. Vor allem aber außerhalb der Diaspora-Communities herrscht großes Unwissen über zentrale Ereignisse in der tschetschenischen Geschichtsschreibung. In der Videoserie „CHECHNYA – Der Tag an dem ich meine Heimat verlassen musste" behandelte Team Jamal daher zentrale Ereignisse der jüngeren tschetschenischen Geschichte: Die Deportationen von Tschetschen*innen durch das Stalinregime 1944 und die darauffolgenden Tschetschenien-Kriege. Dabei wurden alternative Narrative entwickelt, einerseits zu den im Diskurs zur tschetschenischen Geschichte dominierenden Märtyrer-, Krieger-, aber auch Opfernarrativen, andererseits zu den in der Gesellschaft vorherrschenden rassistischen und kulturalistischen Ressentiments.

Hier geht's zur Serie:
YouTube | Kanal Jamal al-Khatib
https://www.youtube.com/watch?v=yItlyMjOMTk&list=PLmgjyXI0BWIGr8hf-ZEFqz_U1btqlEbdG

Hier geht's zum Bericht über die Serie:
https://www.turnprevention.com/_files/ugd/0cc6d7_8e8423ce2a1d43e8a1cfc9af643237b4.pdf

Ursula Liebing, *Diplompsychologin*

Krieg ist Krieg. Mensch ist Mensch.

Flüchtende erster, zweiter oder dritter Klasse?

Von Ursula Liebing.

BILD: publicdomainvectors.org | freie kommerzielle Nutzung

Seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs wird deutlich, dass Europa geflüchtete Menschen ungleich behandelt - doch Krieg ist Krieg und Mensch ist Mensch.

Kaum ein Tag ist seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine vergangen, ohne dass Ukraine-Flüchtlinge im öffentlichen Diskurs erwähnt wurden. Dabei war und ist die politische Diskussion in Österreich wie die Berichterstattung geprägt vom Verständnis für die Schwierigkeiten und Herausforderungen der Fluchtsituation, von Sympathie und Empathie für die „Vertriebenen" und geleitet vom Bestreben, rasch und solidarisch „Nachbarschaftshilfe" zu leisten und pragmatische Lösungen zu finden. Menschen mit ukrainischem Pass können sich frei in Österreich bewegen, gratis mit der ÖBB fahren, medizinische Versorgung in Anspruch nehmen oder legal innerhalb Europas weiterreisen, auch ins Herkunftsland zurückkehren, wenn das notwendig ist. Die praktische Solidarität und Unterstützung für die Vertriebenen wird als selbstverständlich angesehen, die Aufnahme wird – zumindest öffentlich - nicht in Frage gestellt, eine möglichst rasche Integration der Kinder ins Bildungssystem und der Erwachsenen in den Arbeitsmarkt ist offizielle politische Zielsetzung. Landesregierungen und -verwaltungen, Bildungsdirektion oder AMS, Caritas, Rotes Kreuz, viele NGOS und unzählige Ehrenamtliche wirken dabei mit. Information und Unterstützung, privater Wohnraum und organisierte Quartiere, Geldleistungen aus der Grundversorgung und private Sachspenden, Hilfestellungen aller Art werden zur Verfügung gestellt, so unbürokratisch und engagiert wie möglich. Das ist zweifellos Grund zur Freude.

Allerdings begleiten von Beginn an auch berechtigte kritische Stimmen die Entwicklung. Die Kritik richtet sich nicht gegen die Solidarität mit den ukrainischen Geflüchteten, die nun „Vertriebene" heißen, sondern verweist auf die fehlende Aufmerksamkeit für die Not und die Menschenrechtsverletzungen, von denen die „anderen" Geflüchteten betroffen sind, die nun noch weniger in der österreichischen und europäischen Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Oder die gar, wie zuletzt an Pfingsten, von politischer Seite pauschal als „Wirtschaftsflüchtlinge" deklassiert werden.[1] Die „anderen" Geflüchteten sind diejenigen, die auf der „Balkanroute" feststecken, geprügelt, gedemütigt, illegal zurückgeschoben und oft ihrer letzten Habseligkeiten beraubt werden. Diejenigen, die unweit der Willkommens-Hotspots für Ukraine-Flüchtlinge an der polnischen Grenze versuchen, in die EU zu gelangen, Tage oder Wochen dort ausharren oder als „illegale Migrant*innen" gewaltsam zurückgedrängt werden (1921 haben mindestens 24 Menschen hier ihr Leben verloren!).[2] Es sind marginalisierte, undokumentierte oder staatenlose Romnija aus der Ukraine, die nur nach Moldau flüchten können, wo sie vor menschenunwürdiger Behandlung nicht sicher sind, wie Pro Asyl dokumentiert.[3] Es sind jene, die beim Versuch, nach Europa zu gelangen, um Schutz zu finden, ihr Leben auf dem Mittelmeer riskieren – mindestens 800 Menschen sind allein in den ersten 5 Monaten dieses Jahres dort schon gestorben.[4]

Im Falle der aus der Ukraine Geflüchteten wurde durch die Aktivierung der EU Richtlinie 2001/55/EG in ganz Europa ein beschleunigtes Verfahren zur Gewährung von vorübergehendem Schutz ermöglicht [5] und in Österreich am 11. März durch Beschluss des Hauptausschusses in Kraft gesetzt.[6] Zunächst auf ein Jahr, dann bis zu maximal 3 Jahren gilt dieser Schutzstatus für ukrainische Staatsbürger*innen und Nahestehende. Er wird ohne individuelle Prüfung gewährt, von der Registrierung bis zum Erhalt der „Vertriebenen-Karte" dauert es aktuell 4-6 Wochen. Die „anderen" Geflüchteten sind aber auch diejenigen, deren Lebensmittelpunkt zwar in der Ukraine lag, die hier aber ein individuelles Asylverfahren durchlaufen müssen – sofern sie nicht an einer europäischen Grenze zurückgewiesen werden. Der Umgang mit solchen Drittstaatsangehörigen, die z.B. in der Ukraine studiert haben, ist europaweit unterschiedlich – der Solidaritätsgedanke mit

Kriegsvertriebenen endet aber in der Regel, wo eine Rückkehr in einen sicheren Herkunftsstaat möglich erscheint. Während es also für die einen schnelle Aufenthaltssicherheit gibt und die individuelle Freizügigkeit kaum eingeschränkt ist, wartet auf Geflüchtete aus anderen Herkunftsländern wie z.B. Afghanistan, Syrien oder dem Irak ein langes Asylverfahren, in dem individuelle Verfolgung nachzuweisen ist. Erst am Ende dieses nicht selten jahrelangen Verfahrens und oft erst nach mehreren Instanzen erhalten diese „anderen" Geflüchteten, sofern die individuellen Fluchtgründe anerkannt werden, Aufenthaltssicherheit. Diese langdauernde Statusunsicherheit ist einer der besonders belastenden Faktoren im Asylverfahren. Individuelle Freiheiten sind während des Verfahrens eingeschränkt, es gibt Gebietsbeschränkungen und Wohnsitzauflagen, Reisen außerhalb Österreichs sind nicht möglich, kostenlose Fahrten mit der ÖBB gab es lediglich 2015, als Sonderzüge Geflüchtete quer durch Österreich an die deutschen Grenzen transportierten.

Im Falle von Hilfsbedürftigkeit haben Menschen im Asylverfahren ebenso wie Vertriebene oder subsidiär Schutzberechtigte Anspruch auf finanzielle Unterstützungsleistungen aus der Grundversorgung. Diese Leistungen sind jedoch, ungeachtet aller Solidaritätsbekundungen, für niemanden bedarfsdekkend, insbesondere wenn Menschen privat wohnen: 150 Euro bzw. 300 Euro „Miete" für eine Einzelperson bzw. eine Familie decken nirgendwo mehr als die monatlichen Betriebskosten, zumal angesichts der drastisch gestiegenen Energiepreise. Und 215 Euro monatlich für den Lebensunterhalt (für Minderjährige 100 Euro) erlauben keine gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe – egal, woher man kommt. Die Zuverdienstgrenze liegt derzeit bei 110 Euro. Ihre Anhebung oder auch der Bezug von Familienbeihilfe ist aktuell im Gespräch, aber nicht entschieden. Zu hoffen ist, dass dies dann für alle Bezieher*innen von Grundversorgung gleichermaßen gelten wird.

Das „System" lebt im Falle der Ukrainer*innen von der Hilfsbereitschaft der vielen Ehrenamtlichen, davon, dass viele private Wohnungen zur Verfügung gestellt wurden und zumindest in den ersten Monaten die Spendenbereitschaft ungebrochen ist. Jene, die in organisierten Quartieren wohnen, werden meist vollversorgt, sie leiden oft unter der fehlenden Selbstbestimmungsmöglichkeit, sei das in Bezug auf das Essen oder auf andere Aspekte der Lebensgestaltung wie räumliche Beengtheit, Sauberkeit, Hygiene, Sanitär- und Gemeinschaftsräume etc. Ein Thema, das „andere Geflüchtete" und ihre organisierten/gewerblichen Quartiere schon seit Jahren betrifft, aber Afghan*innen, Syrer*innen oder Iraker*innen sind im öffentlichen Diskurs kaum noch Thema.

Und wie steht es mit der eigenständigen Existenzsicherung? Arbeitsmarktzugang haben Vertriebene als auch (seit 2021) „reguläre" Asylwerbende drei Monate nach der Zulassung zum Asylverfahren. Beide benötigen aber eine Beschäftigungsbewilligung, zu beantragen vom Arbeitsgeber. Im Falle der Beschäftigung von Ukrainer*innen muss kein Ersatzkräfteverfahren durchgeführt werden, „andere" Geflüchtete können erst angestellt werden, wenn kein*e Österreicher*in, EU-Bürger*in oder langaufhältige*r Drittstaatsangehörige*r die Beschäftigung ausüben könnte. In ländlichen Gebieten und wo derzeit Arbeitskräftemangel herrscht, haben Vertriebene und Geflüchtete eine reelle Chance auf Arbeitsmarktintegration, sofern sie sich verständigen können - und nicht z.B. unter gesundheitlichen Einschränkungen leiden oder Kinderbetreuungspflichten haben. Geflüchtete Frauen mit Kindern stehen nämlich – wie alle anderen Salzburger*innen – vor der Schwierigkeit, dass nicht ausreichend Betreuungsplätze in Kindergärten und Ganztagesbetreuung zur Verfügung stehen.
Der Blick aufs Detail zeigt also, dass die Unterschiede in der Lebenssituation in der Grundversorgung selbst noch nicht so groß sind, dass man von unterschiedlichen „Klassen" Geflüchteter sprechen kann. Die „Klassengesellschaft" wird andernorts etabliert. Das restriktive und menschenverachtende Grenzregime im Schengenraum, die zunehmende Illegalisierung von Migration, die fehlende Aufmerksamkeit für Geflüchtete aus entfernten Konfliktregionen und das Desinteresse, konstruktiv an einem gerechteren gesamteuropäischen Asyl-System mitzuwirken, bringen unmissverständlich die Grenzen der Solidarität zum Ausdruck. Die Hilfe für die aus der Ukraine Vertriebenen bedeutet keine Wende der restriktiven Asylpolitik Europas oder Österreichs. Sie bewirkt und verstärkt vielmehr gerade in ihrer selektiven Umsetzung die Konstitution einer zweiten oder dritten Klasse „anderer" Geflüchteter, die ebenso auf Schutz und humanitäre Unterstützung angewiesen wären, sich aber zu Recht als Geflüchtete zweiter oder dritter Klasse fühlen.

Verweise:

[1]https://www.derstandard.at/story/2000136332320/sachslehner-sieht-land-unter-asylantraegen-leiden-gruene-werfen-ihr-rassismus [letzter Zugriff am 16. Juni 2022].
[2]https://reliefweb.int/report/belarus/out-sight-refugees-and-migrants-belarus-poland-border [letzter Zugriff am 16. Juni 2022].
[3] https://www.proasyl.de/pressemitteilung/gefluechtete-romnja-aus-der-ukraine-moldau-und-aus-anderen-staaten-brauchen-schutz/ [letzter Zugriff am 16. Juni 2022].
[4]https://www.scoop.co.nz/stories/WO2205/S00402/new-drowning-in-the-mediterranean-amid-continued-suspension-of-official-rescue-missions.htm [letzter Zugriff am 16. Juni 2022].
[5] Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32001L0055&from=DE [letzter Zugriff am 16. Juni 2022].
[6]https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2022/PK0261/index.shtml [letzter Zugriff am 16. Juni 2022].

Dipl.Psych. Ursula Liebing, *Projektverantwortliche bei Frau & Arbeit, Arbeitsschwerpunkt Frauenprojekte im Kontext Migration und Integration, seit 2007 bei der Plattform für Menschenrechte Salzburg aktiv.*

WORKSHOPS

OEAD-FÖRDERUNG „EXTREMISMUSPRÄVENTION MACHT SCHULE“

Projektförderung für Schulen durch den Österreichischen Austauschdienst (OeAD)

Dem Friedensbüro Salzburg wird für die Durchführung von Angeboten im Bereich der Politischen Bildung ein **Projektbudget vom OeAD** zur Verfügung gestellt, um Workshops an Schulen durchzuführen.

Seit April 2022 können folgende Angebote des Friedensbüros **kostenfrei** im Rahmen des Unterrichts genutzt werden:

- Extremismus und kollektive Kränkungen
- Populismus – Emotion und Politik
- Vorurteile – Feindbilder – Rassismus
- Antiziganismus
- Auf der Suche nach Frieden
- Heilende Männlichkeitsbilder
- Der Krieg und ich
- Zivilcourage – Deeskalation von Konflikten
- Konfliktbearbeitung/Deeskalation

Je nach Thema, Ausgangssituation, Vorstellungen und Ressourcen können die Workshops **3-4 Unterrichtseinheiten** umfassen. Die Dauer der Workshops sowie die Rolle der Lehrkraft werden im Vorfeld mit den betreffenden Lehrer*innen geklärt. Bei der Durchführung der Workshops obliegt die Leitung den Referent*innen, die Lehrer*innen halten sich im Hintergrund oder sind abwesend.

Nähere Informationen zu Dauer und Ablauf der Workshops unter www.friedensbuero.at/workshopreihe-extremismuspraevention-macht-schule

Die **Buchung** erfolgt über die Homepage des OeAD unter folgendem Link: https://extremismuspraevention.oead.at/ep/angebote

BEZAHLTE ANZEIGE

LEHRGANG

„BEVOR'S KRACHT"

Etwa ein Fünftel aller Kinder und Jugendlichen in Österreich erleben Provokation und Verteidigung, sexuelle Belästigung, physische und psychische Gewalt oder Cyber-Gewalt etc. in unterschiedlichen Rollen und Ausprägungen. Mit „Bevor`s kracht" wenden wir uns an Personen, die in ihrer beruflichen Praxis und/oder ehrenamtlichen Tätigkeit, mit Kinder- und Jugendgruppen arbeiten. Wir möchten die Teilnehmer*innen dafür sensibilisieren, die Vorstufen von gewalttätigen Auseinandersetzungen zu erkennen, um gewaltpräventive Maßnahmen frühzeitig und gezielt einsetzen zu können.

Aufbau des Lehrgangs
Der Lehrgang beinhaltet 8 Module, die im Zeitraum September 2022 – November 2023 in der Stadt Salzburg stattfinden.
Jedes Modul umfasst 12 Einheiten à 50 Min., jeweils von Freitag, 14.00 bis Samstag, 18 Uhr.
Die Buchung einzelner Module ist möglich. Der Preis für einzeln gebuchte Module beträgt 250.- €.

Die Module
Modul 1: Konflikte besser verstehen, einordnen und erkennen. 30. September/ 1. Oktober 2022
Modul 2: Vielfalt nutzen durch transkulturelle Kompetenz. 11./12. November 2022
Modul 3: Lösungsfokussierte Kommunikation und Beratung. 2./3. Dezember 2022
Modul 4: Wie Gruppen ticken – Gruppendynamik verstehen. 24./25. Februar 2023
Modul 5: Wenn's kracht – Körper, Sprache und Stimme in der Dramadynamik. 14./15. April 2023
Modul 6: Sexuelle Gewalt – Betroffenengerechte Schutzkonzepte. 2./3. Juni 2023
Modul 7: Medienkompetenz erwerben – den Umgang mit Medien bewusst gestalten. 29./30. September 2023
Modul 8: Zivilcourage. 24./25. November 2023

Kosten für den gesamten Lehrgang: 1.600.- €.

Information & Anmeldung:
Mag. (FH) Barbara Wick | wick[at]friedensbuero.at | 0662 873931

In Kooperation mit St. Virgil Salzburg, Plattform gegen Gewalt in der Familie, Bundeskanzleramt, Verein selbstbewusst, Jugend am Werk - Vielfalt wirkt.

VERANSTALTUNG

„DER UNTERSCHÄTZTE GEWALTFREIE WIDERSTAND"

Donnerstag, 29. September 2022, 19.00
St Virgil Salzburg. Ernst-Grein-Straße 14, 5026 Salzburg

Für die westeuropäische Öffentlichkeit scheint eines festzustehen: Die Ukraine muss sich militärisch mit aller Gewalt und den bestmöglichen Waffen verteidigen, um die russische Invasion zurückzuschlagen. Doch ist kampfloses Aufgeben tatsächlich die einzig mögliche Alternative zur militärischen Gegenwehr? Nicht unbedingt. Widerstand gegen die brutale und menschenverachtende russische Aggression ist alternativlos. Militärische Gegengewalt möglicherweise aber nicht. Jedenfalls spielt ziviler Widerstand in der Ukraine und in Russland tatsächlich eine wichtige Rolle, die bei uns mehr publizistische Beachtung finden sollte.

Mit **Werner Wintersteiner,** Gründer und ehemaliger Leiter des Zentrums für Friedensforschung und Friedenspädagogik der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.

Eine Veranstaltung anlässlich des Arbeitstreffens „Sicherheit neu denken" in Kooperation mit dem Internationalen Versöhnungsbund.

FriedensBüro Salzburg

KRANICH

Kranich-Abo:
4 Ausgaben um 14 Euro

Mitgliedschaft im Friedensbüro:
Mitglied: 30 Euro
Fördermitglied: 60 Euro
StudentIn, Zivi, Wehrdiener: 18 Euro

Mit Ihrem Abo unterstützen Sie die Arbeit des Salzburger Friedensbüros.

Das Friedensbüro wird unterstützt von Stadt Salzburg und Land Salzburg

LAND SALZBURG
wissen:stadt salzburg
Bundesministerium Arbeit, Familie und Jugend

Wir danken für die Unterstützung:

GEA GehenSitzenLiegen
AK SALZBURG
Salzburger SPARKASSE Was zählt, sind die Menschen.

Das Friedensbüro ist Mitglied folgender Plattformen:

Plattform gegen die Gewalt in der Familie
ABFANG
WIR SIND MITGLIED DER PLATTFORM FÜR MENSCHENRECHTE

WIR DANKEN FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG.

OFFENLEGUNG
lt. Mediengesetz §§25 +43, BGBl. Nr. 314/1981

Der KRANICH ist die Zeitung des Friedensbüros Salzburg und berichtet mindestens vierteljährlich über friedenspädagogische und friedenspolitische Themen, Inhalte der Friedensforschung sowie Aktivitäten des Vereins »Friedensbüro Salzburg«.

Österreichische Post AG Infomail Entgelt bezahlt.

FriedensBüro Salzburg

Impressum:
Kranich 2/22, Friedensbüro Salzburg,
Franz-Josef-Straße 3, 5020 Salzburg.

www.friedensbuero.at

BUCHTIPP

Anja Melzer & Fabian Reicher, „Die Wütenden", Westend Verlag 2022, 240 Seiten, 14,99 Euro. ISBN-10: 3864893631 ISBN-13: 978-3864893636

„Ich weiß, dass es falsch ist, aber ich muss immer noch an den Dschihad denken"
Warum radikalisieren sich Jugendliche, die in Österreich, Deutschland oder Frankreich aufwachsen? Was muss passieren, um weitere dschihadistische Anschläge zu verhindern? Fabian Reicher und Anja Melzer geben authentische Einblikke in die Wirkungsweise der Propaganda des sogenannten Islamischen Staates und ihre Anziehungskraft auf europäische Jugendliche. Anhand von fünf Biografien radikalisierter Jugendlicher beschreiben sie, wie es gelingt, mit Kenntnis der Vorgehensweisen und den richtigen Methoden beim Ausstieg aus der vermeintlich attraktiven Jugendsubkultur zu helfen.

Fabian Reicher *war sechs Jahre als Streetworker in Wien tätig und arbeitet derzeit als Sozialarbeiter bei der Beratungsstelle Extremismus im Bereich der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit. Er ist Mitgründer mehrerer Online-Streetwork Initiativen. Reicher lehrt an den verschiedensten Hochschulen Österreichs.*

Anja Melzer *arbeitet als Chefin vom Dienst beim Arbeit&Wirtschaft Magazin. Ihre Arbeit steht in der Tradition der sogenannten Wiener Sozialreportage, einem „Journalismus von unten". Die Devise: Hingehen, wo es weh tut, hinsehen, wo niemand hinschaut, denen eine Stimme geben, die keiner hört.*

„DIALOG ÜBER GRENZEN - GRENZEN DES DIALOGS"

SYMPOSIUM 2022

Gesellschaftliche Polarisierungen im Kontext des Ukraine-Kriegs
Freitag, 21. Oktober bis Samstag, 22. Oktober 2022

Wer in diesen Tagen von „Dialog" spricht, droht der pazifistischen Naivität bezichtigt zu werden. Doch Dialogprozesse basieren nicht nur auf pazifistischen Grundannahmen, sie sind gleichzeitig auch zutiefst pragmatischer Natur. Nicht nur in der Prävention und der Nachbearbeitung, auch in eskalierenden Konfliktphasen sind sie von eminenter Bedeutung, wenn es darum geht, in Verbindung zu bleiben, Ausstiege aus der Gewaltspirale zu ermöglichen oder schlicht Zeit zu gewinnen. Werden diese kommunikativen Zugänge missachtet oder hintangestellt, droht eine anhaltende Militarisierung und Radikalisierung der vom Krieg unmittelbar betroffenen Täter- und Opfergruppen und ein Versickern von Kanälen auf politischer, zivilgesellschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Ebene. Im Rahmen einer zweitägigen Veranstaltung wollen wir einen kritisch-reflektierenden Blick auf Dialogprozesse und -initiativen werfen, ihre Potentiale und Grenzen diskutieren sowie konstruktive Gestaltungsmöglichkeiten praxisnah und anschaulich beleuchten.

Tag 1: Den Dialog reflektieren – Grenzen ausloten, 17:00-21:00, ARGEkultur Salzburg
Nach der Pandemie erschüttert und polarisiert der Krieg in der Ukraine die Gesellschaft. Doch wie sollen wir auf diese Entwicklungen reagieren und welche Rolle spielen Dialogprozesse dabei? Ist es legitim, mit Menschen in Dialog zu treten, die für Kriegsverbrechen und permanente Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, diese trivialisieren oder gar gutheißen? Laufen Dialogprojekte Gefahr, Menschen mit Kränkungen und Traumatisierungen in ihren Bedürfnissen nach Sicherheit und Anerkennung zu missachten? Wie müssen Dialogprozesse gestaltet werden, um nicht als Appeasement, als Rechtfertigung oder Zementierung von Unrecht und Asymmetrie von der gegnerischen Propaganda missbraucht zu werden?
Podiumsgespräch mit Natascha Strobl (Politikwissenschaftlerin, Wien), Dirk Splinter (Mediator & Diplompädagoge, inmedio Berlin), Michael Schreckeis (Psychotherapeut, Verein Hiketides Salzburg); Moderation: Stefan Wally, JBZ

19:00-20:00: *Video und anschließendes Gespräch* zur Rolle von Kunst und Kultur in Dialogprozessen mit dem Schauspieler *Jurij Diez*

Anschließend gemeinsames Beisammensein mit Musik und Buffet

Organisatorisches:
Preis inkl. Buffet: € 18 VK / € 20 AK
Anmeldung: www.argekultur.at

Tag 2: Den Dialog wagen - in Verbindung bleiben, 09:30 - 17:00, St. Virgil Salzburg
n welchen Zeiträumen müssen wir denken, wenn es darum geht, Dialog wieder lebbar zu machen? Welche historischen Erfahrungen helfen uns, Dialogprozesse zu verstehen und wie weit und wie lange ist es geboten, den Grenzen des Dialogs Zugeständnisse machen?

*Seminar mit Mit Dirk Splinter und Ljubjana Wüstehube (Mediator*innen, inmedio Berlin), die seit über 20 Jahren Dialogprojekte begleiten und ihre Konzepte an nationalen und internationalen Hochschulen lehren. Geschlossene Gruppe., keine Anmeldung möglich.*